

Liebe Kollegin, lieber Kollege von der Post!
Solltest du diese Zeitung nicht zustellen können, sende sie bitte an den Absender zurück!

Wir FavoritnerInnen

Bezirksblatt der KPÖ-Favoriten
mit Simmering-Nachrichten

August 2014

Erscheinungsort: Wien
Verlagspostamt: 1100 Wien
Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Impressum:
Eigentümerin, Verlegerin: KPÖ-Wien
1140 Wien, Drechslergasse 42

„Einfach keine Chancen“

Mit einem Plus von beinahe zehn Prozent generell, über 17 Prozent bei den Älteren und fast 23 bei Nichtösterreichern gegenüber dem Juli 2013 fallen die aktuellen Arbeitslosenzahlen alles andere als berauschend aus. Das Sozialministerium spricht von einem zunehmenden Verdrängungswettbewerb bei der Jobsuche.

„Angesichts der steigenden Konkurrenz bleiben vor allem gesundheitlich beeinträchtigte, gering qualifizierte Personen mit sprachlichen Barrieren und auch ältere Personen verstärkt zurück“, so das Ministerium. Per Ende Juli waren mit 351.313 Personen beinahe zehn Prozent mehr ohne Job als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Zahl der Schulungsteilnehmer beim Arbeitsmarktservice (AMS) lag bei knapp 65.000.

Negativtrend setzt sich fort

Damit setzte sich der Trend der vergangenen Monate auch im Juli fort. „Ohne entsprechende Unterstützung durch die inländische Nachfrage, vor allem auch angesichts des weiter steigenden Arbeitskräfteangebots, werden die Arbeitslosenzahlen mittelfristig nicht spürbar sinken“, so die „verhaltene“ Prognose aus dem Sozialministerium.

In absoluten Zahlen waren zuletzt um 60.000 Personen mehr auf Jobsuche als im Juli 2013. Bei den älteren Arbeitnehmern (über 50 Jahre) stieg die Zahl derer, die aktuell auf Jobsuche sind, um 17,2 Prozent auf 73.269 Personen, bei Behinderten um 22,5 Prozent auf 10.131 und bei Ausländern um 22,8 Prozent auf 67.544.

Männer waren generell vom Anstieg der Arbeitslosigkeit mit plus 13,0 Prozent stärker betroffen als Frauen mit plus 10,1 Prozent.

Stärkster Anstieg in der Bauwirtschaft

Nach Branchen betrachtet stieg die Arbeitslosigkeit am Bau um 12,7 Prozent und bei der Arbeitskräfteüberlassung um 12,9 Prozent. Im Handel nahm die Zahl der Arbeitslosen um 11,6 Prozent zu. Unterdurchschnittlich nahm die Arbeitslosigkeit in der Warenproduktion zu, nämlich um 6,2 Prozent. Im Tourismus stieg die Arbeitslosigkeit um 10,4 Prozent.

Reformen gefordert

In Reaktion auf die Arbeitslosendaten fordern Arbeiterkammer (AK) und ÖGB stärkere Unterstützung für ältere Arbeitslose. Sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Langzeitarbeitslosigkeit der Älteren sei überdurchschnittlich stark gestiegen. Das Bonus-Malus-System müsse endlich umgesetzt werden, die Wirtschaft solle ihren Widerstand aufgeben und Verantwortung zeigen.

Das Bonus-Malus-System klingt recht nett, wird aber an der Gesamtsituation nichts ändern. Wenn es sich rechnet, werden halt statt jüngere ältere von den Kapitalisten beschäftigt. Und der typische Verdrängungsmechanismus wird fortgeschrieben.

Nur eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich kann und wird an der Situation etwas ändern.

ÖH: Medizinstudenten vor finanziellem Aus

Die nicht vorhandene Bezahlung im Klinisch-Praktischen Jahr hat der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) zufolge drastische Folgen für Medizinstudenten. Sie stehen laut ÖH vor dem „finanziellen Aus“.

Wegen der fehlenden sozialen Absicherung und der nicht vorhandenen Bezahlung geht laut ÖH bereits jeder vierte Medizinstudierende für das letzte Ausbildungsjahr, das Klinisch-Praktische Jahr, ins Ausland. „Das Klinisch-Praktische Jahr fällt in eine Zeit, in der durch die gesenkte Altersgrenze kaum noch Studierende Familienbeihilfe beziehen. Andere Förderungsstipendien sind für fast niemanden zugänglich“, betonte Sarah Schober vom Vorsitzteam der ÖH Medizin Wien.

Kredite für Studium notwendig

Im Klinisch-Praktischen Jahr (KPJ) haben Studenten eine Anwesenheitspflicht von 35 Wochenstunden im Spital und übernehmen ärztliche Tätigkeiten sowie auch Journaldienste. Das KPJ dauert 48 Wochen und gliedert sich in die Blöcke Innere Medizin, Chirurgische Fächer und Wahlfächer. Die Studenten führen dabei etwa Blutabnahmen durch oder leisten Assistenz Tätigkeiten im OP.

Einer Umfrage der Medizinischen Universität zufolge müssen zwölf Prozent der Befragten einen Kredit aufnehmen, um das Studium in Mindeststudienzeit absolvieren zu können. Jeder zweite Betroffene hat durch das Klinisch-Praktische Jahr eine finanzielle Mehrbelastung.

Soziale Absicherung gefordert

"Das ewige Herumschieben der Verantwortung zwischen Wissenschafts- und Gesundheitsministerium muss endlich ein Ende haben. Wir fordern die soziale

Absicherung aller Medizinstudierenden im Klinisch-Praktischen Jahr, die Einführung einer verpflichtenden Aufwandsentschädigung von 650 Euro.

Der Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) hielt auf APA-Anfrage eine Praktikumsentschädigung „grundsätzlich vorstellbar“.

Gesundheitsministerium für Bezahlung

Im Gesundheitsministerium ist man der Ansicht, dass Praktika grundsätzlich zu bezahlen seien. Solange es um Studenten gehe, liege das aber in der Autonomie der Unis, die wiederum mit den Krankenanstaltenträgern verhandeln müssten.

Im Wissenschaftsministerium verwies man darauf, dass das KPJ eine Weiterentwicklung des bisherigen Spitalspraktikums sei und daher eine Lehrveranstaltung, weshalb gesetzlich keine Aufwandsentschädigung vorgesehen sei.

Lehrlinge erhalten Entschädigung

Lehrlinge bekommen für die Zeit im Betrieb eine Lehrlingsentschädigung unabhängig von der Leistung, die sie erbringen. Es ist ja eben ein Ausbildungsplatz. Studenten, die 35 Stunden im Spital arbeiten müssen und die verschiedensten medizinischen Tätigkeiten durchführen, arbeiten im Interesse des Spitals.

Es muss Schluss sein mit dem Hin- und Hergeschiebe der Zuständigkeit. Der Wissenschaftsminister ist für die Studenten und deren Ausbildung zuständig. Er ist dafür verantwortlich, dass solche Vereinbarungen (Gesetze) geschaffen werden, die im Interesse seiner Studentinnen und Studenten und deren Ausbildungsziel liegen.

Wahlrechtsreform: Wie versprochen, so gebrochen

Im Mai 2010 unterzeichneten die Obleute aller Rathaus-Oppositionsparteien eine notariell beglaubigte Erklärung über eine Reform des absolut undemokratischen Wiener Wahlrechts. ÖVP, FPÖ und Grüne, so wurde damals festgehalten, wollen sich - unabhängig von etwaigen Regierungskoalitionen nach der Gemeinderatswahl 2010 - für ein "faires und transparentes Wahlrecht" einsetzen.

Dass die grünen Chefs und Chefinnen, die es sich nach der Wahl im Rathausklub gemütlich gemacht haben, nicht gewillt sind dieses Versprechen einzuhalten, ist schon seit geraumer Zeit klar.

Laut derzeitigen Presseberichten, die jedoch noch keine Details enthalten, wird aus der Reform ein Re-

förmchen und es wird immer deutlicher, dass die Grünen ein weiteres zentrales Wahlversprechen entsorgen.

Damit wird auch klar: Wer ein demokratisches Wahlrecht will - was eine Streichung jeder Grundmanats-hürde inkludiert - findet, wie sich zeigt, auch bei den Grünen keine Unterstützung.



Bezirkssplitter...

Der Plan der ASFINAG am und im Verteilerkreis ein neues Bezirkszentrum mit Wohn- und Bürohochhäusern zu errichten, stößt auf immer mehr Widerstand. Verständlich, denn der Verteilerkreis ist jetzt schon ein Verkehrschaos-Erreger erster Ordnung. Es ist nicht auszudenken, was sich abspielen wird, wenn dort weitere tausende Menschen wohnen und arbeiten sollen. Zwar wird die U1 dort eine Station haben, aber allein die Menschen, die dorthin einpendeln müssen, werden das Verkehrsaufkommen drastisch erhöhen. Um diese Kritik an verantwortlicher Stelle vorzubringen, haben Anrainer begonnen Unterschriften für eine Petition an den Gemeinderat zu sammeln. Unterschriftenlisten sind über die KPÖ-Favoriten erhältlich (graber@kpoe.at).



Bus oder Bim

Positiv sieht die KPÖ-Favoriten Pläne für den weiteren Ausbau der Öffis im Bezirk. So soll nach Fertigstellung der Verlängerung der U1 der 67er ab Reumannplatz über die Laaerbergstraße über den Laaerberg bis zur Filmteichstraße geführt werden und damit offenbar den 68A ersetzen. Gleichzeitig soll die bisherige Bus-Linie 15A zu einer Straßenbahn ausgebaut werden und den Laaerberg mit dem Wienerberg und damit die U1 mit der U6 verbinden. Dieser Umbau von Buslinien zu Straßenbahnlinien macht allerdings nur dann Sinn, wenn die geplante Bim so wie der 15A zur Grillgasse geführt wird und damit die U3 (Enkplatz) eingebunden bleibt. Jetzt schon wird der Bus dafür genutzt und ist zeitweise heillos überfüllt, weil er als Verbindungslinie angenommen wurde. Noch ist

nicht klar, ob diese kolportierten Pläne tatsächlich umgesetzt werden oder nur als Wahlkampfmunition für die nächste Gemeinde- und Bezirksratswahl, die 2015 ansteht, dienen.

EU-Wahl

Bei den Europaparlamentswahlen am 25. Mai hat die Wahlallianz „Europa Anders – KPÖ, Piratenpartei und Der Wandel“ in Favoriten 1.274 Stimmen und 3,2% erreicht. Das ist zwar unter dem Schnitt der in ganz Wien erreichten 4% aber für den 10. Bezirk, wo die KPÖ bei den letzten Nationalratswahlen 2013 729 Stimmen und 1,3% erreicht hatte, ein beachtliches Ergebnis. Der erreichte Prozentsatz hätte auf jeden Fall den Einzug in die Favoriten Bezirksvertretung ermöglicht.

Eltern geben 26 Millionen Euro für Nachhilfe aus

Sieben Prozent aller Eltern bezahlen in den großen Ferien für Lernhilfe. Einzelstunden kosten bis zu 46 Euro.

Das Lernen für die Nachprüfung kann teuer kommen: Im vergangenen Sommer haben Eltern für Nachhilfe in den großen Ferien 26 Mio. Euro ausgegeben, zeigt eine veröffentlichte Ifes-Umfrage (3000 Haushalte mit 5060 Kindern) im Auftrag der Arbeiterkammer (AK).

Am teuersten kommt private Lernunterstützung in Wien (556 Euro), am günstigsten in der Steiermark (284 Euro). Bei Einzelunterricht liegt der Stundenpreis zwischen 18 und 46,67 Euro, bei Kleingruppenunterricht zwischen 6,23 und 33,33 Euro.

Kinder von Wenigverdienern, vor allem von Alleinerzieherinnen und Alleinerziehern bzw. Eltern nicht-deutscher Muttersprache, hätten angesichts dieser Kosten schlechtere Chancen auf professionelle Unterstützung bei Lernproblemen, beklagt die AK in der Aussendung. Falls sie überhaupt leistbar sei, stelle die Nachhilfe für finanziell schwächere Haushalte eine große Belastung dar.

Angesichts dieser Horrorbeträge ist klar ersichtlich, dass unser Schulsystem gründlich geändert gehört und vor allem den heutigen Lebensumständen (Eltern wie Großeltern sind berufstätig) angepasst werden muss.

Die Lehrerlobby hat kein Interesse etwas zu verändern, sie verdient gut und zwar doppelt.

Nachrichten aus dem Beisl

„Wo da Pepi so lang bleibt“, fragt Franz und mischt noch einmal die Tarockkarten. „Der is mit ana jungen Frau aus seina Bekanntschaft zum AMS gangan“, sagt Bertl, de kriagt an kürzeran Bezug an Arbeitslosengeld, wäus Kindergeld bezogen hat. Jetzt hads ghört, es gibt a Gerichtsurteil, daß ihr sehr woi des Arbeitslosengeld zuasteht, wäu a andere Frau genau in ihra Situation des erstritten hod.“

„Nau, am besten was, wanns ihr stott ana Stützn, a Hockn gaberten“, sagt Michi, „oba wos i gherthob, schoffen sa si nur söba a Hocken, wäus a paar hundert Planstellen einrichten miassn, so stark wochst de Arbeitslosigkeit bei uns.“

„Nau, in Italien hams endlich fia an a urndliche Hockn gfunden“, lacht Franz, „da Berlusconi derf in an Altersheim hackln, eh a Lercherlschas für de Petite de der gmacht hat. A den Sarkozy aus Frankreich hams vor kurzem auf der Polizei befragt und a Anklage angekündigt. Nau vielleicht dawischns unsan „Schönling“ a. „A ehemaliger Hawara wü über 30 Mille von eam.“

„Owa es steht jo de nexte Kruks vua uns, wos glaubtsn, wer fir de „Hypo Alpe Adria“ zahln wird, natirlich wieda mia. Owa ned dast glaubst, mia wern uns des allas gfoin lassn, es wird scho an Bahöö gebn“, meint Bertl.

„Hoffentlich hast recht“, sagt Franz, „owa es gibt unter de jungan Madln und Buam leida sehr vü, de wirklich langweilig und leidenschaftslos san, gnotzn in „Hotel Mama“ und san überangepasst, und i glaub ma kaun sogn, sie san ideologiefrei.“

„I glaub des sichst zu schwarz“, meint Bertl, brauchst jo nur bei deine eiganan Kinda schauen und bei so vü andere, de lassn se ned gfalln, dass durch des TTIP Abkommen, des hinter verschlossenen Türen verhandelt wird, uns unser Wasser de facto gfladert wird, uns de gschissanan Nahrungsmittelstandards, siehe de „Chlorhendln“, aufs Aug druckt wern, unsa gaunze Energieversorgung und de Gesundheitsversorgung untan Hammer kommt.“

Die Tür öffnet sich und Kurtl kommt herein. „Servus Eva, i brauch an Schluck. In da Bim haum a paar Owagscheite gredt wegn den Putin Besuch in Wien.“ „Nau wos haumsn gsagt“, fragt Eva und stellt ihm ein Glas mit großer Schaumkrone

hin. „Lauter Bledsinn, mia solln Sanktionen machen, wegen da Ukraine. Also i glaub, dass der Putin ka guada is, owa das in Kiew genau soiche Gauner sitzen, is ma a kloa, und de NATO is jo a a repressive Macht und ka Friedensengel. De woin näher an der russischen Grenz eanare Raketen haben. So, und mia machen Sanktionen, deeskaliern und Europa kanns wieda ausbadn und de feinen Herrn in Amerika reibn si de Händ. Österreich is owa neutral und mia san guad damit gfarhn. Und so solls bleibn.“ „Na bumm“, wundert sich Eva, „du redst ja wi a Politika.“ Kurtl erblickt die Kartenrunde. „Na wie imma, bei de Rentner, ana föht eich. Owa i erspar ma des fragen.“

Pepi kommt atemlos ins Lokal. „Tuat ma lad, dass es so spät is. I glaub imma es geht sie aus, owa es kummt imma wos dazwischen. Außerdem muas i eich sogn, heit muas i früha gehen, i wü zu an Treffen von „EUROPA ANDERS“, wißts eh, de Piratenpartei, die Partei „Der Wandel“, die KPÖ, und Unabhängige, zu de i a gher, die gemeinsam bei der Europawahl kandidiert haben und a respektables Ergebnis zsambracht haben. De überlegen, obs bei der nächsten Wienwahl gemeinsam was machen. Wa klaß, kennt i ma guat vorstelln, owa wia, als Wahlbewegung, oda als loser Zusammenschluß, des muaß ma diskutieren.“

„Jetzt wird nimma diskutiert“, sagt Franz, „heb o.“ Und endlich beginnt das Kartenspiel.

